

**Protokoll der 11. Sitzung des Sanierungsbeirates vom 08.08.2013
im Quartierszentrum, Hugo-Luther Straße 60a, 38118 Braunschweig**

Anwesende:

Vertreter/innen aus Rat und Bezirksrat:

Herr Glaser
Herr Hillger
Frau Johannes, Vorsitzende
Frau Sewella (zeitweise)
Herr Sommerfeld

Bürgermitglieder:

Herr Bock
Herr Frej (zeitweise)
Herr Meister, stellv. Vorsitzender
Frau Schossig
Herr Schramm

Vertreter der Verwaltung:

Herr Krieger (0120.10)
Herr Dybowski (0500)
Herr Künzler (0502)
Frau Maliske (50.13)
Frau Knüsting (61.13)
Herr Lakemann (61.13)
Frau Martin (67.12)

Quartiersmanagement plankontor:

Frau Notter

Gäste: u. a.

Herr Dölz	Bezirksbürgermeister Westl. Ringgebiet
Frau Hilmer	plan & rat, Büro für kommunale Planung und Beratung
Frau Hugo	Gleichstellungsbeauftragte der Stadt
Frau Ihbe	Bürgermeisterin
Frau Krause	plan & rat, Büro für kommunale Planung und Beratung
Herr Pfennig	Bewohner/ Eigentümer, Werksteig

Ablauf und Tagesordnungspunkte:

Öffentlicher Teil:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Sanierungsbeirates am 06.06.2013
2. Anträge an den Verfügungsfonds
3. Mitteilungen des Quartiersmanagements
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Vorlage: Entwicklungskonzept "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"

6. Vorlage: Garten ohne Grenzen & Projektbericht durch Seniorenbüro
7. Vorstellung Gender-Gutachten
8. Projektbericht: 38118 STAR (Biwaq)
9. Anfragen / Anregungen

Zu Beginn der Sitzung erinnert Frau Johannes an den verstorbenen Herrn Pein, der als Leiter der Hauptschule Sophienstraße und mit den Projekten "Gewaltlos Starksein" und "Chill-Küche" unschätzbare Arbeit für den Stadtteil geleistet hat.

Begrüßung

Frau Johannes eröffnet die 11. Sanierungsbeiratssitzung. Sie stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und der Sanierungsbeirat beschlussfähig ist.

Frau Johannes stellt den Antrag, den TOP 7 hinter TOP 1 vorzuziehen. Die so geänderte Tagesordnung wird mit 10 Ja-Stimmen einstimmig genehmigt.

Bürgerfragestunde

Frau Johannes eröffnet die Bürgerfragestunde.

Herr Pfennig fragt nach dem Sachstand des Künstlerwettbewerbs am Werksteig. Frau Notter erläutert, dass die Jury-Sitzung am 16. Juli stattfand und der Vertrag mit dem Künstler kurz vor dem Abschluss steht.

Frau Johannes schließt die Bürgerfragestunde.

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Sanierungsbeirates am 06.06.2013

Die Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

TOP 7: Vorstellung Gender-Gutachten

Frau Krause von plan & rat stellt das Gutachten "Zu Fuß unterwegs in der Sozialen Stadt" - Projekt 2 vor. Es knüpft an das 2008 durchgeführte Gender Mainstreaming-Projekt an, das zum Ziel hatte, das westliche Ringgebiet fußgängerfreundlicher zu gestalten. Viele Empfehlungen daraus wurden bereits umgesetzt. Das vorliegende Gutachten analysiert die Hauptfußwege (Fußwege 2. Ordnung) sowie die Verkehrssituation auf dem Frankfurter Platz. Zur Qualitätsverbesserung werden folgende Handlungsempfehlungen mit Gesamtkosten in Höhe von 90.000 Euro vorgeschlagen:

- Bau von Querungsanlagen (z.B. über Cyriaksring, Höhe Blumenstraße)
- Anlage eines Fußweges (z.B. Gebhard-von-Bortfelde-Weg)
- Bordsteinabsenkungen & Herstellung der Barrierefreiheit (z.B. beim Fußweg an der Tangente)
- Abbau des Gehwegparkens & Verbreiterung des Gehwegbereichs (z.B. Kramerstraße)
- Faire Ampelschaltung (Überprüfen der Fußgängergrünzeiten)
- Zusätzliche Sitzgelegenheiten (Bankprogramm)

- Verbesserung der Beleuchtungssituation (z.B. Blumen-, Weinbergstraße)
- Zur Qualitätsverbesserung des Frankfurter Platzes wird vorgeschlagen:
- Unterbindung der Durchfahrt von der Helenenstraße zur Frankfurter Straße & Einschränkung des Verkehrs durch die Öffnung des Außensitzbereiches des Gambit zum Platz
 - Stärkere Begrünung: Ersetzen der Sitzsteine durch Pflanztröge, die ebenfalls zum Sitzen einladen. Kosten: Rund 10.000 Euro für 4 Pflanzkübel.
 - Stärkung der Hauptradverkehrsbeziehung in Nord-Süd-Richtung
 - Unterbindung des illegalen Parkens, aber Einrichten von Kurzzeitparkplätzen

Diskussion

Herr Meister begrüßt den Vorschlag der Begrünung und sieht den Bankplatz als Vorbild. Frau Krause hält eine weitergehende Begrünung nicht für empfehlenswert. Frau Notter weist auf den Platzbedarf bei Stadtteilstellen hin.

Frau Sewella sieht einen weiteren Vorteil von beweglichen Pflanzkübeln in der Möglichkeit, mit ihnen den Verkehr zu regeln.

Auf die Frage von Herrn Dölz nach dem Brunnen antwortet Frau Krause, dass neben der Uhr ein zweiter zentraler Punkt auf dem Platz nicht sinnvoll sei sowie dass Anwohner eine Verdreckung des Brunnens befürchten.

Frau Krause bestätigt Herrn Dybowskis Gedanken, dass es sinnvoller sei, ein Gesamtkonzept umzusetzen als nur einzelne Maßnahmen.

Herr Glaser befürwortet eine konsequente Unterbindung des Verkehrs von der Helenen- zur Frankfurter Straße sowie den Vorschlag, das Stadtteilbüro am Frankfurter Platz anzusiedeln. Dies habe der Beirat bereits vor einem Jahr angeregt.

Herr Sommerfeld bevorzugt eine Verengung der Frankfurter Straße mittels Schrägparkplätzen statt die Durchfahrt von der Helenenstraße zu sperren. Herr Lakemann weist darauf hin, dass die Straße nicht im Sanierungsgebiet liegt.

Herr Schramm schlägt vor einen Parkplatz für den Lieferwagen von NP vorzuhalten.

Frau Johannes plädiert dafür, den ganzen Platz für den Verkehr zu sperren und als Fußgängerzone mit der Möglichkeit des Anwohnerparkens auszuweisen.

Herr Frej weiß aus Beispielen in Holland, dass das "Shared Space"-Konzept nur funktioniert, wenn Bodenwellen den Kfz-Verkehr abbremsen. Er befürwortet die Unterbindung des Abkürzungsverkehrs von der Helenen- zur Frankfurter Straße und schlägt die Schließung der Helenenstraße bereits am Ring vor.

Auf Nachfrage von Frau Schossig, wie es mit dem Gender-Gutachten weitergeht, äußert Frau Knüsting, dass die Vorschläge von der Verwaltung geprüft werden. Einige Vorschläge können in geplante Maßnahmen integriert werden. Für andere müssten Mittel zur Verfügung gestellt werden.

TOP 2: Anträge an den Verfügungsfonds

Bündnis gegen Rechts - Infoveranstaltung: Nazis im Westl. Ringgebiet

Frau Notter berichtet, dass für die Raummiete für die Infoveranstaltung in der AWO-Begegnungsstätte (Frankfurter Str. 18) 65,- Euro beantragt wurden.

Der Sanierungsbeirat nimmt den Antrag wohlwollend zur Kenntnis.

Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e.V. - Ringgleisflohmkt 2013

Frau Notter berichtet, dass für die Durchführung des Ringgleisflohmkt, insbesondere für das Kulturprogramm, 495,- Euro beantragt wurden.

Der Sanierungsbeirat nimmt den Antrag wohlwollend zur Kenntnis.

TOP 3: Mitteilungen des Quartiersmanagements

Frau Notter gibt folgende Termine bekannt:

13.08.2013	Bezirksrat, 18.30 Uhr, Städt. Klinikum, Freisestr. 9, Konferenzraum 3
14.08.2013	Kulturschaufenster: Vorbereitungstreffen, 19 Uhr, Stadtteilbüro plankontor
28.08.2013	Kontorhaus - Veranstaltung, 18 Uhr, Quartierszentrum Hugo-Luther-Str. 60a (Saal)
30.08.2013	Haus- und Nachbarschaftsfest ab 15 Uhr, Quartierszentrum Hugo-Luther-Str. 60a
01.09.2013	Ringgleisflohmkt, 9-15 Uhr, Celler Straße - Gartenkamp - Oker Karten (4,- € ab sofort im Stadtteilbüro oder Stadtteil-Laden Nord)
05.09.2013	Sanierungsbeirat, 18.30 Uhr, Quartierszentrum Hugo-Luther-Str. 60a
10.09.2013	Bezirksrat, 18.30 Uhr
13.-15.09.13	Kulturschaufenster, Spielplatz Pflingstr./ Madamenweg
26.09.2013	Stadtteilkonferenz, 14 Uhr, vorauss. Quartierszentrum Hugo-Luther-Str. 60a
10.10.2013	Sanierungsbeirat, 18.30 Uhr, Quartierszentrum Hugo-Luther-Str. 60a
29.10.2013	Bezirksrat, 18.30 Uhr

Umgestaltung Außengelände Kita Madamenweg

Zurzeit wird die Umgestaltung des Außengeländes der Kita Madamenweg nach bewegungsförderlichen Aspekten geplant. Insbesondere soll ein Krippengarten für die neu eingerichtete Krippe entstehen. Ein Entwurf ist zurzeit in Abstimmung mit der Kita und der Verwaltung. Am 15. August wird eine Elternbeteiligung stattfinden.

Ideenwerkstatt Kontorhaus/ Jödebrunnen

Die während der Ideenwerkstatt zum Kontorhaus gesammelten Ideen wurden in der Arbeitsgruppe ausgewertet und auf ihre Realisierbarkeit geprüft. Zum 28. August soll für eine zweite Bürgerveranstaltung eingeladen werden. Hier sollen die Ideen gemeinsam diskutiert und zu einem konkreten Nutzungskonzept verdichtet werden.

Stadtteilst

Die Veranstalter sind sehr zufrieden mit dem gut besuchten 25. Stadtteilst am 8. Juni. Insgesamt nahmen 32 Einrichtungen, Vereine usw. teil, darunter neu der Bezirksrat, die Kunstkoffer und das Gesundheitsamt.

Projektmesse Stadtteilarbeit Hannover

plankontor stellte bei der Projektmesse am 13. Juni das Gesundheitsprojekt vor, das reges Interesse fand.

Bürgerinformation und -diskussion zum Mehrgenerationenpark / Bewegungsparcours am Westbahnhof

Die Veranstaltung am 13. Juni wurde von etwa 20 Bürger/innen besucht. Geplant ist ein Bewegungspfad durch das Birkenwäldchen parallel zum Ringgleisweg mit 10 verschiedenen Fitnessgeräten aus Edelstahl sowie im Boden verankerten Baumstämmen. Mehrheitlich wurde der Entwurf begrüßt. Allerdings muss die Wegeführung leicht angepasst werden, sodass Draisinenfahrten auf dem Draisinengleis weiterhin möglich sind. Darüber hinaus sollen die Anregungen von Parkour-Sportlern in die Planung aufgenommen werden.

Erzählcafé "Jahnstraße/ Belfort"

Am 20. Juni wurde im Erzählcafé der Film "Stimmen einer Straße" von Helga Weiss gezeigt. Die Filmemacherin und Heidi Wanzelius vom braunschweiger forum waren anwesend und erzählten von den Entstehungsbedingungen des Films. Stadtteilheimatpfleger Hoffmann ergänzte einige Fakten zum kleinen Stadtteil "Belfort" (Jahn-, Hugo-Luther-, Arndtstraße). Es nahmen rund 60 Besucher/innen teil, darunter viele ehemalige Bewohner/innen der Jahnstraße, die in den 60er Jahren eine enge Gemeinschaft bildeten.

Kinderferienaktion

Vom 27.6.-12.7. wurde wieder die Ferienaktion mit Unterstützung von plankontor durchgeführt. Schwerpunkt war wie jedes Jahr Bewegung und Gesunde Ernährung. Es nahmen täglich zwischen 40-80 Kinder teil.

Einweihung HBK-Bushaltestelle

Die HBK-Bushaltestelle wurde am 4. Juli im Rahmen des Festaktes zum 50-jährigen Jubiläum der HBK eingeweiht.

Künstlerwettbewerb Wandbildgestaltung Werksteig

Am 16. Juli fand die Jury-Sitzung mit 7 Mitgliedern statt. Die Jury einigte sich auf den Entwurf von Herrn Wolf Menzel, regte jedoch eine intensivere Bewohnerbeteiligung an. Herr Menzel nahm die Vorschläge ins Beteiligungskonzept auf.

Neonazis im Westlichen Ringgebiet

Aufgrund mehrerer Vorkommnisse mit Neonazis im Westlichen Ringgebiet führte das Bündnis gegen Rechts am 18. Juli eine Informationsveranstaltung sowie eine Demonstration zur Verhinderung einer Kundgebung von Rechts durch. In Kürze soll zu einem Runden Tisch zum Thema eingeladen werden.

TOP 4: Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 5: Vorlage: Entwicklungskonzept "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"

Frau Knüsting erläutert die Vorlage. Die Anregungen des Beirates wurden mehrheitlich aufgenommen. Einige Vorschläge sind gut begründet nicht ins Konzept eingeflossen. Sie betont, dass der Prozess nicht abgeschlossen ist und dass immer noch neue Maßnahmen entwickelt werden können. Bis jetzt wurden Städtebaufördermittel in Höhe von rund 14,5 Mio. Euro umgesetzt. Zurzeit wird verhandelt, ob auch noch nach 2017 Fördergelder fließen können. Herr Lakemann weist darauf hin, dass die Sanierungsziele (Anlage 1) der wichtigste Baustein der Vorlage sind.

Diskussion

Frau Johannes plädiert für die Aufnahme des Zieles "Ansiedlung von Kultur- und Kreativwirtschaft", das für den Stadtteil sehr wichtig sei.

Herr Meister bittet die Verwaltung seine Anregungen (siehe Tischvorlage) zu prüfen.

Herr Frej begrüßt, dass das Entwicklungskonzept nun endlich vorliegt.

Herr Hillger vermisst die Perspektive über das vorläufige Ende der Sanierung (2017) hinaus - auch bezüglich des Quartiersmanagements. Herr Lakemann bestätigt, dass auch "generationenübergreifendes Wohnen" gefördert werden kann.

Herr Sommerfeld erkennt den Sinn eines Entwicklungskonzeptes zu einem so späten Zeitpunkt, an dem bereits viele Maßnahmen abgeschlossen sind, nicht. Auch sei das Konzept selbst nicht erkennbar. Sinnvoller wäre eine Evaluation der Maßnahmen gewesen. Darüber hinaus vermisst er die Einarbeitung der Prioritätensetzung, die der Beirat bereits vorgenommen hat, sowie die Benennung der Modellprojekte. Auch hätte zu jeder Maßnahme die beabsichtigte Zielsetzung genannt werden sollen, um eine spätere Zielerreichung überprüfen zu können. Er weist darauf hin, dass manche Maßnahmen auch negative Auswirkungen hatten.

Frau Knüsting erläutert, dass das Entwicklungskonzept erforderlich ist für Gebäudesanierungen sowie für die Fortsetzung der Sanierung nach 2017. Die Prioritätensetzung der Maßnahmen wird jährlich mit dem Maßnahmenprogramm unter Beteiligung des Sanierungsbeirates beschlossen. Da die Durchführung einiger Maßnahmen von Kooperationspartner abhängen, sei eine Prioritätensetzung langfristig nicht immer einzuhalten. Eine Evaluation sei vorgesehen. Herr Lakemann ergänzt, dass im Entwicklungskonzept nur bauliche Maßnahmen behandelt werden. Die Modellprojekte sind dagegen im Integrierten Handlungskonzept (IHK) benannt, in dem sowohl bauliche als auch soziale Maßnahmen beschrieben sind.

Herr Dölz unterstützt Herrn Sommerfeld und versteht die Modellprojekte ebenfalls als integralen Bestandteil der Sozialen Stadt. Er plädiert dafür, dass preiswerter Wohnraum nicht nur "gesichert", sondern dass die Schaffung von preiswertem Wohnraum gefördert werden soll. Auch die Förderung der lokalen Ökonomie, insbesondere der Kultur- und Kreativwirtschaft, sei ein wichtiger Punkt.

Herr Dybowski führt aus, dass es in Bezug auf den Rahmenplan nicht gelungen ist ein konsensfähiges Entwicklungskonzept zu entwickeln, sodass man sich auf einzelne Maßnahmen beschränkte. Es gab lediglich das Ziel, das Westliche Ringgebiet nicht wie das Östliche werden zu lassen. Jetzt sei es mit dem Entwicklungskonzept doch gelungen, einen gewissen Konsens zu bilden und das genannte Ziel kann schriftlich festgelegt werden. Er plädiert dafür, das vorliegende Entwicklungskonzept zu beschließen, um in Zukunft dem Grundkonsens entgegenlaufende Maßnahmen (z.B. Abriss) zu verhindern. Bezüglich der Modellprojekte erläutert Herr Dybowski, dass eine Benennung nicht weiterhilft, solange der Wechsel der Städtebauförderungspolitik nicht rückgängig gemacht wird. Während früher das Programm Soziale Stadt unter dem Namen "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf" auch soziale Projekte förderte, ist dies heute politisch nicht mehr gewünscht, was sich im neuen Namen "Investitionen im Quartier" ausdrückt.

Herr Glaser schlägt vor, die Empfehlung zu vertagen.

Herr Dybowski macht darauf aufmerksam, dass eine Vertagung dahingehend interpretiert werden könnte, dass der Sanierungsbeirat nicht hinter den Zielen steht und dass der Beschluss ohne das Votum des Beirates gefasst werden könnte.

Der Sanierungsbeirat stimmt dem Antrag auf Vertagung auf die nächste Sitzung mit 10 Stimmen einstimmig zu.

Herr Frej verlässt die Sitzung.

TOP 6: Vorlage: Garten ohne Grenzen & Projektbericht durch Seniorenbüro

Frau Maliske stellt das Projekt der Altenhilfeplanung vor. Die Idee wurde von der AG Migration des Seniorenbüros entwickelt um Migranten, die keine Möglichkeit hatten Erfahrungen bzw. ein Familienwissen bezüglich des Älterwerdens in Deutschland aufzubauen, zu unterstützen. Nachdem die Idee eines Bauernhofes als zu ehrgeizig erkannt wurde, wurde das Konzept angepasst (Garten, Handwerk bzw. Werkzeugreparatur, später evt. Kleintiere). Der Garten ohne Grenzen soll älteren Migrant/innen vielfältige Begegnungen sowie interkultureller und intergenerativer Austausch ermöglichen. Das Gärtnern bietet einen Rahmen hierfür. Das Konzept sieht eine hohe Beteiligung der zukünftigen Nutzer vor, die als "Beirat der Aktiven" ihre Ideen und Wünsche in die Planung einbringen konnten. Gesteuert wird das Projekt durch das Seniorenbüro, die AWO und Caritas. Langfristig soll ein Trägerverein gegründet werden. Zurzeit wird die Gartenordnung gemeinsam diskutiert und die Gemeinschaft mit Festen gefestigt. Die Parzellen sind weitgehend verteilt. Mit den benachbarten Kleingartenvereinen ist man in Kontakt. Gerade zu Beginn des Projektes ist eine pädagogische Begleitung unabdingbar. Hierfür wurde ein Antrag an das Bundesamt für Migration gestellt.

Frau Martin stellt den Entwurf vor. Der Gartenbereich wird von einem durchlässigen, mit Spalierobst begleiteten Zaun umgrenzt. Die innere Rasenfläche wurde bereits in Parzellen (25 à 10, 20 oder 40 qm) aufgeteilt. Das Gebäude mit Gemeinschaftsraum, Küche, Toiletten und Terrasse wird von einer Holzkonstruktion umrahmt und mit Containern für Büro, Werkstatt und Lager ergänzt. Dies entspricht den Wünschen der zukünftigen Nutzer. Der

Vorplatz mit Parkplätzen und Fahrradständern ist gepflastert. Der Boden ist nicht belastet, aber steinig. Deshalb war ein Bodenaustausch erforderlich, mit dem bereits begonnen wurde. Viele Arbeiten werden mit der VHS Arbeit und Beruf GmbH ausgeführt, was die Kosten senkt. Die Bauzeit für das Gebäude ist von ca. Ende Oktober 2013 bis Frühjahr 2014 geplant. Mit dem Gärtnern kann, in Abhängigkeit von der Witterung, im Oktober begonnen werden.

Diskussion

Herr Schramms und Frau Johannes Frage, ob Eigenleistungen durch die Nutzer vorgesehen sind, wird bejaht. Einige Aufgaben wurden bereits ausgeführt. Es haben sich Arbeitsgruppen zum Bau eines Grillplatzes, von Hochbeeten oder zum Pflanzen von Hecken gebildet. Weitere Arbeiten sind in Planung.

Frau Maliske ergänzt bezüglich der Nachfrage von Herrn Hillger, dass es ein wichtiger, gemeinschaftsbildender Prozess ist, die Gartenordnung gemeinsam zu diskutieren. Jeder kann Wünsche einbringen. Sie soll nach dem Mehrheitsprinzip beschlossen werden.

Herr Sommerfeld sieht die dominante Rolle der Verwaltung sowie die Einstellung einer/s Hauptamtlichen kritisch und würde eine Selbstorganisation bevorzugen. Darüber hinaus sei das Projekt sehr teuer. Er fragt, ob ein Beitrag erhoben wird.

Frau Maliske erläutert, dass eine pädagogische Kraft die Gemeinschaft fördern und Konfliktfälle schlichten soll. Die Erfahrung habe gezeigt, dass eine Selbstorganisation durch die Zielgruppe zum Anfang doch nicht möglich ist. Die Stelle ist nicht auf Dauer angelegt. Die Erhebung eines Beitrags wird noch diskutiert.

Frau Ihbe plädiert ebenfalls für eine pädagogische Kraft, die als begleitende und unterstützende Maßnahme notwendig ist.

Frau Sewella bedauert, dass keine Dachbegrünung möglich ist. Sie schlägt vor Solarthermie für Warmwasser zu nutzen und das Regenwasser aufzufangen. Frau Knüsting geht davon aus, dass dies, aber auch Fotovoltaik, möglich ist.

Auf Frau Sewellas Frage nach der Öffnung des Zauns zum Ringgleis weist Frau Martin darauf hin, dass eine Türe vorgesehen ist.

Herr Bock befürchtet, dass der Teich gerade für Ältere zu pflegeintensiv ist. Frau Martin geht davon aus, dass die Nutzer wissen, was auf sie zukommt, da es ein Wunsch von ihnen selbst war.

Frau Sewella verlässt die Sitzung.

Herr Meister bemängelt, dass das Verfahren zur Beteiligung des Sanierungsbeirates, von GOS und Quartiersmanagement von Beginn an nicht sachgemäß durchgeführt wurde und dass kein Nutzungskonzept vorliegt. Obwohl es ein EFRE-Projekt ist, werden Soziale Stadt-Mittel verwendet. Darüber hinaus ist die Zielgruppe nicht definiert.

Frau Knüsting berichtigt, dass keine Soziale Stadt-Gelder verwendet werden. Bei den 16.200 € handelt es sich um städtische Mittel zur Deckung nicht förderfähiger Kosten, die buchungstechnisch unter dem Titel Soziale Stadt gefasst sind. Sie macht deutlich, dass der Sanierungsbeirat nicht über die Finanzen entscheiden kann, da EFRE-Mittel eingesetzt werden. Der Beirat kann nur über Mittel der Sozialen Stadt entscheiden.

Herr Dybowski widerspricht Herrn Meister. Es habe keine Verfahrensfehler

gegeben. Der Beirat wurde mehrmals informiert, er hat aber bezüglich der Finanzen keine Entscheidungsbefugnis. Auch GOS und Quartiersmanagement haben keine Entscheidungsbefugnis über das Projekt. Er würde es begrüßen, wenn der Beirat dem Projekt zustimmt, da es die Ziele der Sozialen Stadt erfüllt.

Herr Meister fragt nach dem Nutzen für die Bewohner des Sanierungsgebietes. Frau Maliske führt aus, dass es sich prinzipiell um ein braunschweigweites Projekt handelt, der überwiegende Teil jedoch aus dem Soziale Stadt-Gebiet kommt. Gerade dieser Austausch werde begrüßt.

Herr Glaser überzeugt das Projekt nicht. Die Gelder seien hier nicht sinnvoll eingesetzt.

Frau Johannes und Herr Hillger begrüßen das Projekt, da es einen Mehrwert für das Sanierungsgebiet darstellt und den Menschen eine neue Perspektive gibt.

Herr Sommerfeld kann dem Projekt zustimmen, wenn man es als Seniorenbegegnungsstätte im Grünen versteht, bei dem der Garten zweitrangig ist. Der Beirat ist aus seiner Sicht ausreichend informiert worden.

Der Sanierungsbeirat stimmt der Vorlage mehrheitlich zu (5 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung).

TOP 8: Projektbericht: 38118 STAR (Biwaq)

Herr Künzler und Herr Krieger stellen das Projekt "Stadtteilbezogene Arbeitsmarktintegration" vor, das vom 01.12.2011 bis zum 31.10.2014 im Rahmen von "Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier" im Soziale Stadt-Gebiet läuft. Hauptziel ist die Vermittlung in Arbeit, Ausbildung oder Praktikum. Die wesentlichen Zielgruppen sind alleinerziehende Frauen und Männer sowie männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund. Das Projekt steht aber für alle anderen Betroffenen auch offen. Da die Beratung auf freiwilliger Basis erfolgt, ist die Teilnehmergewinnung schwierig. Für das Projekt wurden für zwei Vollzeitstellen drei Sozialpädagoginnen in Teilzeit, davon eine mit türkischem Migrationshintergrund, eingestellt. Bis zum 30.06.2013 nahmen knapp 240 Personen teil, davon fast 60% mit Migrationshintergrund. 85% der Teilnehmer erhielten eine individuelle Berufs- bzw. Ausbildungsberatung, rund 100 Personen qualifizierten sich in Deutsch-, PC- oder Hauswirtschaftskursen sowie in Erlebnispädagogik-Aktionen für Jugendliche. Bisher wurden 32 Personen in Arbeit, Ausbildung oder Selbstständigkeit vermittelt. Der Erfolg wird durch folgende Faktoren erschwert: unflexible Förderrichtlinien, multiple Problemlagen der Teilnehmer, geringe Eigenmotivation. Dies erfordert eine intensivere Begleitung der Teilnehmer. Aufgrund der Erfahrungen aus dem ersten Projektjahr wurde ein Änderungsantrag gestellt und bewilligt: Es werden zwei länger laufende Kurse (Ausbildung zur Hauswirtschafterin bzw. zur Schwesternhelferin) für jeweils 14 Frauen angeboten. Die aufsuchende Tätigkeit zur Teilnehmergewinnung sowie die Kontaktaufnahme zu lokalen Betrieben soll verstärkt werden. Die guten Kooperationen mit dem Mehrgenerationenhaus, der VHS, dem Stadtteilbüro plankontor, der Spielstube Hebbelstraße u.a. sollen weitergeführt werden. 2014 soll ein Antrag für die dritte Biwaq-Förderphase vorbereitet und gestellt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Glaser ergänzt Herr Krieger, dass eine interne

Evaluation geplant ist.

TOP 9: Anfragen / Anregungen

Herr Glaser sieht die versetzten Gehwegplatten in der Arndtstraße als Gefahrenquelle. Er bittet die Verwaltung den Verursacher zu ermitteln.

Frau Schossig bittet die Verwaltung die Ampelschaltung zur Querung der Luisenstraße zu überprüfen. Es sei unzumutbar, dass die Kinder auf ihrem Schulweg in der Mitte der Straße stehen bleiben müssen. Auch der Übergang von der Frankfurter zur Cammannstraße sollte überprüft werden.

Herr Bock regt an die Juliusstraße nördlich der Luisenstraße zur Verkehrsberuhigung als Einbahnstraße auszuweisen. Frau Knüsting entgegnet, dass gerade die Tatsache des Gegenverkehrs das schnelle Durchfahren verhindert.

Herr Schramm macht darauf aufmerksam, dass im Bereich Arndtstraße und Hugo-Luther-Straße die weißen Linien fehlen.

Herr Schramm fragt nach der Systematik der Schilder "Fahrradstraße" bzw. "Ende der Fahrradstraße" auf dem Ringgleis zwischen Kreuzstraße, Kälberwiese und Triftweg.

Frau Johannes schließt die Sanierungsbeiratssitzung.

Braunschweig, den 02.09.2013

Für das Protokoll: Denise Notter, plankontor *Stadt & Gesellschaft* GmbH